

Argumente gegen Themen des AfD Grundsatzprogramms 2016

AG Stand

Einkommensteuer

Zurzeit werden die Steuersätze individuell auf das Einkommen zugeschnitten. Wer mehr verdient, zahlt einen entsprechend höheren Steuersatz. Die AfD will stattdessen wenige Steuerstufen einführen, also mehr Gruppen, für die dann dieselben Steuersätze gelten. Davon profitieren diejenigen, deren Einkommen unterhalb der Grenze einer Steuerstufe liegt. So werden durch Steuerstufen die Menschen benachteiligt, deren Einkommen eine Grenze gerade überschreitet. Das macht das Steuersystem zwar einfacher, aber auch ungerechter.

Grundsatzprogramm AfD Punkt 11.1

Vermögen- und Erbschaftsteuer:

Aktuell muss keine Vermögensteuer gezahlt werden. Die AfD setzt sich dafür ein, dass das so bleibt und die Vermögensteuer ganz abgeschafft wird. Auf die Erbschaftsteuer soll der Staat ebenfalls verzichten. Das wäre aber sozial ungerecht, weil Vermögen- und Erbschaftsteuer hauptsächlich von reichen Menschen gezahlt werden. Ohne diese Steuern werden Reiche entlastet, und zwar auf Kosten von Menschen mit weniger Vermögen.

Grundsatzprogramm AfD Punkt 11.4

Arbeitslosengeld

Die AfD will das Arbeitslosengeld privatisieren. Das Arbeitslosengeld ist eine Leistung der deutschen Arbeitslosenversicherung, die bei Eintritt der Arbeitslosigkeit und abhängig von weiteren Voraussetzungen normalerweise bis zu einem Jahr gezahlt wird. Der Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung soll abgeschafft werden. Die Angestellten müssten dann die komplette Vorsorge aus eigener Tasche bezahlen. Arbeitnehmer sollen privat für den Fall der Arbeitslosigkeit vorsorgen. Bei einer privaten Versicherung wäre das Solidarprinzip aufgehoben: Menschen ohne Ausbildung und in unsicheren Beschäftigungen müssten höhere Beiträge zahlen, weil sie häufiger arbeitslos werden. Akademiker und Facharbeiter könnten sich bequem zurücklehnen: Sie würden wenig zahlen oder sich sogar gar nicht mehr versichern.

Entwurf Parteiprogramm 2016

Unfallversicherung

Die Unfallversicherung, eingeführt von Otto von Bismarck im Jahr 1884, möchte die AfD ebenfalls abschaffen. Bisher zahlt dafür ausschließlich der Arbeitgeber. Nach der Vorstellung der AfD sollen sich Arbeitnehmer privat versichern oder können sich freiwillig für die gesetzliche Unfallversicherung entscheiden. Abschaffung des Solidarsystems, gerade Geringverdiener würden darunter leiden, weil sie sich die privaten Versicherungen nicht leisten können.

Entwurf Parteiprogramm 2016

Mindestlohn

Die AfD möchte den gesetzlichen Mindestlohn in der derzeitigen Form und Höhe beibehalten und nicht entsprechend nach oben anpassen, dies trifft besonders die Geringverdiener.

Grundsatzprogramm AfD Punkt 5.3

Argumente gegen Themen des AfD Grundsatzprogramms 2016

AG Stand

Rente:

Auch sechseinhalb Jahre nach ihrer Gründung hat die AfD kein gemeinsames Rentenkonzept, es gibt lediglich verschiedene Entwürfe.

Der Bundesvorsitzende Jörg Meuthen fordert, die gesetzliche Rente auf ein Existenzminimum zu reduzieren. Für alles Weitere sollen die Bürger privat vorsorgen und Geld ansparen. Wer jedoch wenig Geld verdient, ist nicht in der Lage, ausreichend privat vorzusorgen -> Altersarmut.

Der Landesvorsitzende Björn Höcke schlägt hingegen vor, die gesetzliche Rente zu stärken. Das Rentenniveau soll ausschließlich für deutsche Staatsbürger erhöht werden. Ausländische Kollegen sind in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit, Niedriglöhnen und daraus folgenden Armutsrenten bedroht. Generell fordert die AfD ein Renteneintrittsalter von 72 Jahren.

Das bedeutet, die derzeitigen AfD Wähler wählen eine Partei ohne abgestimmtes Rentenkonzept!
Fehlt im Grundsatzprogramm von 2016, das AfD Rentenkonzept soll in 2020 auf einem Sonderparteitag erarbeitet werden.

Solidaritätszuschlag

Die Bundesregierung hat im August auf eine SPD-Initiative hin beschlossen, dass der Soli für 90 Prozent der Steuerzahler ab 2021 wegfallen soll. Lediglich die einkommensstärksten zehn Prozent der Bevölkerung sollen ihn - vorläufig - weiterzahlen. Die AfD will den Solidaritätszuschlag abschaffen, wodurch wiederum die Besserverdiener entlastet werden.

Antrag im Bundestag der AfD vom 15. März 2018

Der Islam gehört nicht zu Deutschland

Es gilt das deutsche Grundgesetz, alle Menschen in Deutschland haben das Recht, ihre Religion frei zu praktizieren und das Recht, ihre Meinung frei zu äußern.

Die AfD fordert in Ihrem Wahlprogramm ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung durch Burka und Niqab in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst. Es soll kein Kopftuch in Schulen, weder von muslimischen Lehrerinnen noch Schülerinnen, getragen werden. Mit diesen und ähnlichen Aussagen betreiben sie eine Politik der Ausgrenzung.

Grundsatzprogramm AfD Punkt 7.1

Klimaschutz:

Die AfD bezweifelt, dass der Mensch den jüngsten Klimawandel maßgeblich beeinflusst hat oder gar steuern könnte. Die AfD möchte nicht, dass CO₂-Emissionen finanziell weiter belastet werden, Klimaschutz-Organisationen sollen nicht (mehr) unterstützt werden. Das schädliche Frackingverfahren, welches durch die Bundesregierung abgelehnt wird, soll durch die AfD ermöglicht werden. Die AfD fordert für die noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke eine Laufzeitverlängerung. Die Forschung und Entwicklung bei Kernenergie sowie Reaktor- und Kraftwerkstechnik soll weiterentwickelt werden.

Der Potsdamer Klimaforscher Stefan Rahmstorf erklärt, die überwältigende Mehrheit der Wissenschaftler (< 90%) sei sich einig, dass der Mensch für den aktuellen Klimawandel verantwortlich ist: „In der Wissenschaft zählen überzeugende Argumente, die man in Fachpublikationen darlegt, die nachprüfbar sind.“ Dem eigenen Anspruch, das Volk zu vertreten, wird die AfD in der Klimapolitik nicht gerecht. Über 80 Prozent der Deutschen sehen beim Klimaschutz großen oder sehr großen Handlungsbedarf. Übrigens auch fast 40 Prozent der AfD-Wähler.

Grundsatzprogramm AfD Punkt 12.1

Argumente gegen Themen des AfD Grundsatzprogramms 2016

AG Stand

Sicherheit:

Die AfD wird nicht müde zu erzählen, dass die innere Sicherheit in Deutschland immer schlechter wird. Doch wie ein Blick auf die polizeiliche Kriminalstatistik seit 1993 zeigt, ist weder die Anzahl der Straftaten in den vergangenen Jahren besonders gestiegen, noch kann man „Ausländer“ pauschal für Kriminalität verantwortlich machen. Die rechtsextrem motivierten Straftaten werden durch die AfD ignoriert, diese sind in den vergangenen Jahren rapide angestiegen. 20.400 politisch motivierte Straftaten sind dabei dem rechten Spektrum zuzuordnen. Straftaten aus dem linken Spektrum wurden knapp 8.000 gezählt. Aus diesem Grund hinkt die sogenannte Hufeisentheorie und die AfD versucht trotz anderslautender Zahlen Straftaten aus dem linken und rechten Spektrum gleichzusetzen.

Die Hufeisentheorie. Dabei handelt es sich um ein Schema, anhand dessen Parteien auf der politischen Skala von links- bis rechtsextrem eingeordnet werden können eben in Form eines Hufeisens.

Hab8cht verurteilt Straftaten von „links“ und von „rechts“

Grundsatzprogramm AfD Punkt 3.1 und folgend

Asylpolitik

Asylpolitik stellt die AfD hinter innenpolitische Themen: „Vorrang vor Zuwanderung haben familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen. Die AfD fordert nach dem „Abstammungsprinzip“ in Deutschland geborenen Kindern von Migranten die Staatsbürgerschaft zu verweigern. Sie spricht sich gegen den Familiennachzug aus. Zusätzlich sollen in Deutschland lebende EU-Bürger vier Jahre lang aus dem Sozialsystem ausgeschlossen werden. Die individuellen Schutz- und Asylgarantien möchte die Partei gar ganz abschaffen. Flüchtlinge sollen in erster Linie Zuflucht außerhalb der EU-Grenzen (zum Beispiel in ihren Heimatregionen) finden.

Grundsatzprogramm AfD Punkt 3.9

Familienbild

Die AfD folgt einem konservativ und national geprägten Familienbild. Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist für die AfD vorrangige Aufgabe der Politik und jeder Regierung. Sie möchte die Gesellschaft familien- und kinderfreundlicher gestalten.

Die Partei spricht sich gegen Abtreibung aus, insbesondere soll der „lebensrettende Ausweg der Adoption erleichtert und gefördert“ werden. Die Partei lehnt eine Ausweitung des Begriffs Familie über die „klassische Familie“ aus Mann, Frau und Kind ab. Außerdem sollen „naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern“ nicht durch die „Gender-Ideologie“ thematisiert werden.

Grundsatzprogramm AfD 6.2 und folgend

Europa, Ein Europa der Vaterländer

Die AfD ist nur aus rein wirtschaftlichen Interessen für Europa, die Europäische Union soll so reformiert werden, dass sie auf eine Wirtschaftsgemeinschaft reduziert wird. Es steht immer der Nationalstaat im Vordergrund. Dass Millionen von Bürgern in Deutschland und Europa von der Europäischen Gemeinschaft profitieren und eine gemeinsame europäische Politik praktizieren, die schon seit Jahrzehnten den innereuropäischen Frieden sichert. Europa lebt vom Austausch und von offenen Grenzen.

Grundsatzprogramm AfD Punkt 2.1 und 2.2

Argumente gegen Themen des AfD Grundsatzprogramms 2016

AG Stand

NEIN ZU GENDER MAINSTREAMING UND FRÜHSEXUALISIERUNG

„Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch „korrigiert“ werden. Die AfD lehnt diese Geschlechterpädagogik als Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung ab.“

„Frauen an den Herd“, hier zeigt sich die konservative Haltung der AfD, gegen Gleichberechtigung, gegen Inklusion und sexuelle Aufgeklärtheit.

Grundsatzprogramm AfD Punkt 8.3

Abschaffung des Euro

Die AfD möchte die Euro Währung abschaffen, eine Rückkehr zur D-Mark und die Abschaffung des Euro könnte zur Folge haben, dass die D-Mark im Vergleich zu den anderen Währungen verteuert würde. Die deutschen Produktionsgüter würden schlagartig verteuert, der Exportabsatz ginge massiv zurück, die Arbeitslosigkeit würde ansteigen.

Grundsatzprogramm AfD Punkt 2.4

Weitere interessante Punkte über und um die AfD:

- Der Frauenanteil der AfD Fraktion im Landtag NRW liegt bei 15,4 % und ist somit mit Abstand der niedrigste Wert aller Fraktionen im NRW Landtag, Quelle: www.landtag.nrw.de
- Im Landtag NRW hat die AfD seit dem 01. Juni 2017 919 kleine Anfragen gestellt, die SPD hat im gleichen Zeitraum 1826 kleinen Anträge gestellt, Quelle: www.landtag.nrw.de
- Die AfD Fraktion im Landtag NRW hat die ältesten Abgeordneten mit durchschnittlich 50 Jahren. Kein Abgeordneter ist unter 30 Jahren, Quelle: www.landtag.nrw.de
- Die AfD hat wegen internen Streitereien bereits 4 Fraktionsmitglieder seit 01. Juni 2017 verloren, Alexander Langguth (Austritt 27. September 2017), Marcus Pretzell (Austritt 2. Oktober 2017), Frank Neppe (Austritt 10. Oktober 2017) und Nic Vogel (Austritt 17. März 2020) Quelle: Wikipedia
- Die AfD und „wir sind das Volk“; die Mitgliederzahlen der AfD lagen 2019 bei 35.100. Die Mitgliederzahlen der „Altparteien“ bei SPD: 419.300, CDU: 407.350, CDU: 140.88, Grüne: 96.487, Linke: 61.055 und FDP 65.000. Das bedeutet die AfD hat als selbsternannte „Volksvertreter“ mit Abstand die wenigsten Mitglieder. Quelle: Wikipedia
- Die AfD und der Verfassungsschutz, der AfD Flügel ist für den Verfassungsschutz seit 2020 ein Beobachtungsfall, die Nachwuchsorganisation der AfD, die Junge Alternative, ist vom Verfassungsschutz 2019 als Verdachtsfall eingestuft worden. Der Brandenburger Verfassungsschutz hat den Landesverband der AfD ebenfalls im Jahr 2020 unter Beobachtung gestellt. Im März 2020 wurde der AfD-Landesverband Thüringen von der Landesbehörde für Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft. Es lägen „hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ vor
- Der Fraktionsvorsitzende der AfD im Thüringer Landtag Björn Höcke darf als „Faschist“ bezeichnet werden.